

6/2013: Die Deutung des Orakels

Wer im alten Griechenland den Willen der Götter erfahren oder ihren Rat einholen wollte, der konnte ein Orakel befragen. Das wollte aber gut überlegt sein. Erstens war es nicht ganz billig, zweitens musste man auf die Antwort mitunter recht lange warten, und drittens bestanden diese Antworten nur selten aus klaren Anweisungen, was man tun oder bleiben lassen solle. Eher waren es schwer verständliche Verse, die man so oder so oder auch noch ganz anders auslegen konnte oder die sogar ganz bewusst zweideutig formuliert waren. Bekannt ist die Geschichte von Krösus, König von Lydien, der in Delphi fragen ließ, ob er mit den Persern Krieg anfangen solle. Die Antwort lautete: wenn er das tue, werde er ein großes Reich zerstören. Krösus fand das gut, griff die Perser an und zerstörte wirklich ein großes Reich – sein eigenes. Am 22. September wurde auch bei uns mal wieder das Orakel befragt, welchen Kurs das Land für die nächsten vier Jahre steuern solle. Die Götter des Olymps haben wir inzwischen durch den Wähler ersetzt. Er hat gesprochen, aber die Auslegung seines Spruches ist keineswegs eindeutig. Allerdings ist sie auch nicht beliebig: die politischen, wirtschaftlichen und naturgesetzlichen Zwänge, denen sich Deutschland nicht entziehen kann, engen den Entscheidungsspielraum unserer Regierung gehörig ein, wie auch immer diese in der nächsten Wahlperiode aussehen wird.

Daher ist die Zeit günstig, auch unseren Senf dazu zu geben. Ob man unsere weisen Lehren höheren Orts zur Kenntnis nehmen wird, ist ungewiss, aber so maßlos originell sind sie ja auch nicht. Denn es ist eine Binsenweisheit, dass die Energiewende auch in der kommenden Wahlperiode ein zentrales Thema sein wird. Die Gesetze der Natur sind in jedem Fall stärker als die des Bundestages, auch denen des Marktes kann man sich nur schwer entziehen, und so muss man wohl mit. Die sachlichen Gründe dafür werden in den kommenden vier Jahren sicherlich nicht weniger zwingend sein als in den letzten.

Dass Wasserstoff und Brennstoffzellen ein Teil dieser Wende sind, ist inzwischen in der Politik weithin angekommen. Das ist auch gut so, denn das Nationale Innovationsprogramm Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP) läuft 2016 aus. Kollegen aus aller Welt bescheinigen uns immer wieder anerkennend bis neidvoll, dass dies eines der erfolgreichsten Programme seiner Art in der ganzen Welt ist. Daher wäre es töricht, wenn die neue Regierung mit dem geschaffenen Kapital an Wissen nicht arbeiten würde. Eine bloße Fortsetzung wäre wenig sinnvoll, sondern der Schwerpunkt muss auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse noch mehr in Richtung Markteinführung und -durchdringung gesetzt werden. Wir werden aufmerksam beobachten, ob das in den Koalitionsverhandlungen auch angemessen berücksichtigt wird. Wichtig wird auch sein, sich hinterher in Brüssel nicht wieder ausbremsen zu lassen.

Wenn es in den vergangenen vier Jahren in der Energie- und Klimapolitik nicht so recht vorwärts gehen wollte, machte man das oft an widersprüchlichen Auffassungen der Minister für Wirtschaft und Umwelt fest, die ja auch zu verschiedenen Parteien gehörten. Da die FDP im neuen Bundestag nicht mehr vertreten ist, wird zumindest eine dieser Personen nicht mehr agieren. Das mag einige Dinge vereinfachen, aber damit fällt auch eine bequeme Ausrede weg für den Fall, dass es jetzt etwa auch nicht nach Plan geht. Doch irgendeinen anderen Koalitionspartner wird es wohl auch in Zukunft geben, dem man das in die Schuhe schieben kann.

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“, sagte Einstein. Wir wünschen der neuen Bundesregierung einen klaren Blick für die wirklichen Probleme, eine zukunftsorientierte Denkweise bei der Auswahl der Lösungen und den Mut, diese auch durchzuziehen. Über eine angemessene Rolle für unser Fachgebiet brauchen wir uns dann gewiss keine Sorgen zu machen. *us*